B e r i c h t

der

Minderheit der nationalrätlichen Kommission in Rekurs-
sache des Hrn. Joh. Schürch, betreffend Ausweisung.

(Vom 22. Dezember 1863.)

Tit.!

Die Minderheit der mit Prüfung der Rekursangelegenheit des Joh. Schürch beauftragten Kommission, aus einem einzigen Mitgliede bestehend, beantragt die Aufrechthaltung des bezüglichen bundesrätlichen Beschlusses.

Wenn die Bundesverfassung im Art. 41, unter gewissen Bedingungen, den Grundsatz freier Niederlassung aufstellt, so wollte sie damit lediglich der Willkür in Bezug auf Abweisung und Annahme von Nieder gelassenen Steuern und dem rechtlichen Schweizerbürger, der sich den Gesetzen unterzieht, die Möglichkeit geben, sich überall sicher niederzulassen, keineswegs aber Demjenigen, dessen anstößige Aufführung seinen Aufenthalt in der Heimatgemeinde schwierig macht, durch Gewährung freier Niederlassung bei den Miteidgenossen anderer Kantone, selbst gegen deren Willen, Vorschub leisten.

Eine der ersten Bedingungen zur Niederlassung ist die Beibringung eines Sittenzeugnisses. Nun möchte ich fragen, was für ein Zeugniß konnte Schürch vorweisen, der am 9. September 1843 vom Obergericht der Republik Bern wegen Betrug und Wucher zu einem Jahr Gefängniß und einer Buße von Fr. 850, und am 11. Januar 1845 vom nämlichen Gericht wegen Injurien gegen einen öffentlichen Beamten zu 30 Tagen Gefängniß verurtheilt wurde?

Zwei solche Abstrafungen, insbesondere diejenige wegen Betrug, erlauben wohl, Tit., den Joh. Schürch als gesetzlich entehrt und des Rechtes freier Niederlassung verlustig anzusehen.

Die Minderheit der Kommission vermag die Ansicht keineswegs zu theilen, daß diese Beurtheilungen zu verjährt seien, um in Betracht gezogen zu werden. Die Strafen verjähren allerdings, allein das Recht

der Kantone, die nicht mit ordnungsmäßigen Schriften Verzeihenem zurückzuweisen, ist unverjährbar; das Zeugniß hinwider, welches die Gemeinde Bern aus Irrthum dahin ausstellte, daß derselben seit 1828 nichts Ungünstiges über Schürch zur Kenntniß gelangte, erscheint mir nicht als ein ordnungsgemäßes.

Die Richtigkeit dieses Grundsatzes ist von der Kommission und vom Nationalrath einhellig in der Rekursangelegenheit des Schärer anerkannt worden, der sich ebenfalls auf Grund eines irrthümlichen Zeugnisses, in Solothurn, niederließ, von dort jedoch verwiesen wurde.

Es läge demnach eine Inkonsequenz vor, wenn gegen Schürch nicht das gleiche Recht in Anwendung käme.

War nun aber Schürch, als er sich in den Kanton Freiburg begab, etwa gebessert? Hat er gesucht, durch musterhaftes Betragen seine unrühmliche Vergangenheit vergessen zu lassen?

Nein, Tit., dieser Mann war ein Händelsucher (un chicaneur), der stetsfort den Behörden zu schaffem machte. Im Zeitraum von fünf Jahren zog er sich sechs Bestrafungen wegen Uebertretungen der Polizeigesetze oder Reglemente zu. Dieselben sind allerdings nicht alle von Belang, allein die Bestimmung in Litt. b, Ziffer 6 des Art. 41 der Bundesverfassung macht dießfalls keinen Unterschied, und wenn dort verfügt wird, daß derjenige, der oft abgestraft wurde, ausgewiesen werden kann, so liegt darin gewiß eine Verurtheilung des Schürch, der denn doch sicher nicht zu den friedlichen und empfehlenswerthen Bürgern gezählt werden kann, denen allein das Gesetz die Niederlassung sichern will.

Ueberhaupt sprechen der Wortlaut und der Geist der Bundesverfassung hier klar und bestimmt. Der Bundesrath und der Ständerath tauschten sich darüber nicht; Schürch war zur Niederlassung im Kanton Freiburg nicht berechtigt, weil sein Zeugniß über gute Aufführung nur auf Irrthum beruhte. Aber selbst wenn er dazu das Recht gehabt hätte, so ging er deßselben durch sein Betragen in jenem Kanton verlustig.

Aus diesen Gründen schlägt Ihnen die Minderheit der Kommission die Aufrechthaltung des bundesrätthlichen Beschlusses vor.

Bern, den 22. Dezember 1863.

Die Minderheit der Kommission:

Ch. de Rivaz.

Note. Der Beschluß der Rätthe vom 16/22. Dezember 1863 fiel im Sinne des vorstehenden Antrages auf Abweisung des Rekurses aus.

Bericht der Minderheit der nationalrätlichen Commission in Rekursache des Hrn. Joh. Schürch betreffend Ausweisung (Vom 22. Dezember 1863.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1864
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	08
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.02.1864
Date	
Data	
Seite	173-174
Page	
Pagina	
Ref. No	10 004 345

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.